

**Geheimräte und Mandarine
Zur politischen Kultur
der Berliner Universität
im späten Kaiserreich**

Prof. Dr. Rüdiger vom Bruch, Berlin 14. Dezember 2000
Geheimräte und Mandarine
Zur politischen Kultur der Berliner Universität
im späten Kaiserreich

Im Herbst 1910 erfreute sich die Berliner Universität achtungsvoller öffentlicher Aufmerksamkeit. Anlässlich ihres hundertjährigen Jubiläums publizierten Zeitungen und Illustrierte ausführliche Berichte, vielfach auch Sonderausgaben zum Jubiläum einer Universität, in der mit zunächst verhaltener, dann stürmisch nationaler und auch internationaler Ausstrahlung hundert Jahre zuvor die moderne Forschungsuniversität implantiert worden war. Diese nun überführte ein scheinbar abgestorbenes alteuropäisches Auslaufmodell "Universität" als korporationsrechtlich antiquiertes und schwerfällig Institut höherer Gelehrsamkeit und als erstarrte Form lehrbuchhaft vorgetragener Wissenstradierung in eine äußerst lebendige Instanz forschender Neugier und unablässiger Wissenserweiterung, sie erhob ein selbstgenügsames Arbeitsethos unter den Bedingungen liberalkapitalistischer Marktkonkurrenz zum Existenzprinzip strenger Wissenschaft. Nach Vollendung ihres ersten Säkulums wurde die Berliner Universität innerhalb des Deutschen als Flaggschiff höherer deutscher Bildung und im Ausland als lokalisierbares Zentrum für eine Weltgeltung deutscher Wissenschaft wahrgenommen. Sicher, einzelne Bedenken überschatteten das Jubiläum. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. hatte in seiner Eigenschaft als preußischer König zum Jubiläum in der Universität eine großzügig- großartige Zukunftsperspektive eröffnet, mit der Ankündigung einer neu zu schaffenden Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., welche privat finanziert, staatlich kontrolliert und fachwissenschaftlich verantwortet durch die Errichtung außeruniversitärer, vorzugsweise naturwissenschaftlicher Forschungsinstitute eine leistungsfähige Großforschung installieren und damit bereits unverkennbaren ausländischen Wettbewerbsvorteilen entgegenwirken sollte. Als ein Danaergeschenk sahen viele Professoren diese Ankündigung an, drohe doch die Gefahr, daß die 1810 von Wilhelm von Humboldt in die Universität eingeführte Forschung nun tendenziell wieder aus ihr herausgetrieben werde. Das aber waren besorgtskeptische Reaktionen innerhalb der Universität. Überblickt man das in- und ausländische Presseecho im Oktober 1910, dann fügt sich ein Bild von Respekt und Bewunderung, prosopographisch gekleidet in Namenslisten und Gruppenaufnahmen, in Porträtskizzen herausragender Berliner Gelehrter. So kritisch das späte Kaiserreich des Jahres 1910 in der aktuellen Berichterstattung auch gesehen wurde - heftig rudernde Schlingerkerne des neuen Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg in einer parlamentarisch zunehmend blockierten Konstellation, Autoritätsverfall des Kaisers nach der Daily-Telegraph-Affäre 1908, ungelöste Probleme in der Sozial-, Verfassungs-, Militär- und Finanzpolitik. Einschränkung des außenpolitischen Handlungsspielraums - Kultur und 'Wissenschaft erschienen als zwar nicht ungefährdete, wohl aber nach wie vor prestigeverbürgende Einflußfaktoren für eine Großmacht mit weltpolitischen Ambitionen.

Die deutsche Universität hatte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts als oberste Bildungs- und Wissenschaftsinstanz etabliert, als dynamischer Motor einer auch unter den Bedingungen politischer Reaktion und der konstitutionellen Monarchie sich lebendig weiterentwickelnden bürgerlichen, zunehmend industriestaatlich verfaßten und auf wissenschaftliche Expertise gestützten Gesellschaft, ohne freilich als freigeistig-intellektueller Sauerteig mit revolutionären Ambitionen zu wirken. Das hatte es vereinzelt gegeben, aber mehrheitlich prägend blieb die Doppelrolle als Bürger und als auf Lebenszeit verbeamteter Staatsdiener. Wissenschaftliche Entdeckerfreude schloß auch politische Erneuerungsforderungen ein, doch das meinte in

aller Regel elastische Fortentwicklung des Bestehenden, auch unter heftigen Kämpfen mit den bloß Beharrenden, aber keinen Umsturz. Diese Professoren waren, wie unter Anspielung auf die hochgebildete Beamtenkaste im alten chinesischen Kaiserreich formuliert wurde, Mandarine, welche mit Geschick zwischen alt und neu vermittelten, auch wenn unter ihnen selbst erhebliche Bruchlinien zu verzeichnen waren. Um die großen Staats- und verfassungspolitischen Weichenstellungen im Vormärz und in der Revolution 1848/49 hatten deutsche Professoren an vorderster Front gerungen, in der Reichsgründungszeit zwischen 1859 und 1866/1870 hatten sie leidenschaftlich um den Charakter des sich abzeichnenden, aber noch für Alternativen offen erscheinenden Nationalstaats gestritten - großdeutsch oder kleindeutsch, also mit oder ohne Österreich, und damit konfessionell ausgewogen oder überwiegend protestantisch vorangetrieben durch einen vorrangig Freiheitsrechte betonenden bürgerlichen Progressismus oder gestützt auf eine als realpolitisch gewertete Einheitschance unter Führung Bismarcks? Das alles galt spätestens mit der Reichsgründung 1871 als entschieden, deutsche Professoren verstanden sich von nun an in der Regel als staatstragend, zumal in Berlin, das sich nun in den meisten Fachgebieten als ein- oder vielfach auch das Zentrum deutscher Wissenschaft etablierte und zum angesehenen und vielfach ersehnten Zentrum einer Letztberufung avancierte.

Einen nachhaltigen politischen Gestaltungswillen artikulierten Professoren vornehmlich in den 1870er Jahren, sahen sie ihre Aufgabe doch darin, die errungene staatliche Einheit durch normative Vereinheitlichung und soziale innere Einigung zu vollenden. So saßen die Berliner Juraprofessoren bis 1878 noch durchweg im Reichstag, um an der gesetzgeberischen Vereinheitlichung teilzuhaben, zogen sich darin aber auf Gutachter- und Kommissionstätigkeit im Rahmen des jahrzehntelang verhandelten und 1900 in Kraft getretenen Bürgerlichen Gesetzbuches zurück. Sozialwissenschaftler bevorzugten private Assoziationen mit öffentlich-staatlichem Rückhalt wie den 1872/73 gegründeten 'Verein für Socialpolitik', um mit der 'Fackel der Erkenntnis' in der Öffentlichkeit für sozialstaatliche Institutionen und eine sozial verteilende Gerechtigkeit zu werben; seit den 1880er Jahren wandelte sich die Vereinigung zu einer akademischen Publikationsgesellschaft. Der hohe politische 'Elan der 1870er Jahre, staatstragend gestimmt, aber auf entschiedene Neugestaltungen und Veränderungen bedacht, versickerte in der Folgezeit, flammte zwar Anfang der 1890er Jahre nach der Entlassung Bismarcks und dem zunächst Aufbruch verheißenden 'Neuen Kurs' Wilhelms II. noch einmal kurzfristig auf, doch insgesamt traten Wissenschaft und Politik auseinander, nicht zuletzt einer zunehmend professionell verfeinerten Ausformung von Politik als Beruf und von Wissenschaft als Beruf geschuldet.

Gewiß ragte altliberales, auf 1848 beharrendes Urgestein an der Berliner Universität noch in den Beginn des 20. Jahrhunderts hinein. So der Althistoriker Theodor Mommsen, der 1899 in seiner Heringsdorfer Testamentsklausel festhielt: "Ich wünschte ein Bürger zu sein. Das ist nicht möglich in einer Nation, bei der der Einzelne, auch der Beste, über den Dienst im Gliede und den politischen Fetischismus nicht hinauskommt". Mommsen erwartete - in gewisser Weise vergleichbar seinem Altersgenossen, dem zwar wertkonservativen Preußenverehrer, aber zugleich scharfsinnigen Zeitbeobachter und altersradikalen Modernisten Theodor Fontane - künftige Rettung von der Sozialdemokratie, zugleich arbeitete er als genialer Organisator einer arbeitsteilig betriebenen Großforschung in ständiger Abstimmung mit dem Kultusbeamten Friedrich Althoff voran. Ebenbürtig war der um die liberal-kommunale Infrastruktur Berlins in zahllosen Teilbereichen verdiente Pathologe und bahnbrechende Naturwissenschaftler Rudolf Virchow, entschiedener Gegenspieler Bismarcks auf Reichs-, Staats- und Kommunalebene, von der Stadt Berlin nach 1900 vielfach geehrt. Mommsen und Virchow widersetzten sich der um 1880 erstmals vehement in Berlin aufflackernden, in der wilhelminischen Zeit zu einem Flächenbrand sich erweiternden antisemitischen und nationalistischen Strömung nicht zuletzt unter Professoren und verhängnisvoller noch in der Studentenschaft, aber sie bezeichnen achtungsgebietende, doch keine repräsentativen, schon gar nicht mehrheitsfähige Positionen an der Berliner Universität. Sie galten vielen jüngeren Zeitgenossen um 1900 als altmodisch in ihrem Beharren auf dem Vorrang persönlicher Freiheitsrechte gegenüber national, rassistisch oder sonstwie motivierten Kollektivideologien. In der wilhelminischen Ära seit 1890 rückten die deutschen Universitäten wieder stärker in das öffentliche

Bewußtsein als in der späten Bismarckzeit, doch die Koordinaten verschoben sich. Das Wissenschaftssystem erschien konsolidiert. Im weitgehend erschütterungsfreien Windschatten einer "machtgeschützten Innerlichkeit" entwickelten sich die zunehmend ausdifferenzierten Teilbereiche fachwissenschaftlicher Erkenntnis gemäß internen Diskussionen zu Subsystemen mit endogener Dynamik. Wissenschaftliche Reputation begründete sich innerwissenschaftlich, bedurfte nicht einer öffentlichen Legitimation, erzeugte aber eben darum öffentlichen Respekt. Als Flaggschiff einer "deutschen Wissenschaft" galt eben nunmehr die Berliner Universität, auch wenn außerpreußische Universitäten wie Leipzig, München und Heidelberg herausragende Sonderprofile entwickelten, auch wenn Friedrich Althoffs Universitätspolitik exzellente fachliche Schwerpunkte in anderen preußischen Universitäten förderte. Insgesamt aber galt Berlin nun als wissenschaftliches Zentrum, und die Berliner Professoren waren sich nicht nur ihrer wissenschaftlichen Bedeutung bewußt, wohl auch der exponierten Funktion der Universität Unter den Linden in unmittelbarer Nähe der Machtzentren Preußens und des Reiches. So verwundert nicht, daß in allen nationalpolitischen Streitfragen und Agitationskampagnen der wilhelminischen Zeit Berliner Professoren in vorderster Front standen, daß auch die öffentlich registrierten hochschulpolitischen Konflikte durchweg auf Berlin zentriert waren.

Vor allem in den frühen 1890er Jahren verstanden einflußreiche Hochschullehrer die deutsche Universität insgesamt als das "moralische Gewissen der Nation", wie der Berliner Philosoph und Bildungshistoriker Friedrich Paulsen noch 1902 in seinem Buch "Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium" emphatisch erklärte. Ermüdet, oder auch ernüchert durch tagespolitisches Kleinklein und den Vorrang gruppenspezifischer Interessenpolitik in den parlamentarischen Auseinandersetzungen der späten Bismarckzeit, die für bewegende "nationale" Fragen keinen Raum zu bieten schienen, hatten Professoren sich aus dem öffentlichen Diskurs weitestgehend zurückgezogen. Nun aber, unter dem "Neuen Kurs" Wilhelms II. seit 1890, der sich sehr bald als Zickzack-Kurs entpuppte, traten die für Grundsätzliches zuständigen bzw. sich so verstehenden Hochschullehrer wieder an die Rampe, in Protest und Aufbruch, und durchaus nicht auf Berlin beschränkt. 1892 wetterte man von den Universitäten aus gegen die vom preußischen Kultusminister eingebrachte Vorlage eines Volksschulgesetzes, das den Unterricht einer verschärften konfessionellen Kontrolle zu unterwerfen drohte; 1894/95 sah man in der gegen die Sozialdemokratie gerichteten "Umsturzvorlage" eine generell drohende Kriminalisierung und damit Knebelung der Freiheit von Wissenschaft, Presse und Kunst, ähnlich wenig später in der nur scheinbar gegen "Schmutz und Schund" gerichteten "Lex Heinze".

Doch Protestaktionen blieben für das "moralische Gewissen der Nation" eine Marginalie; als 1897 in Preußen ein neues "kleines Sozialistengesetz" drohte, als 1899 mit der "Zuchthausvorlage" den Gewerkschaften mit den Streikposten ihr einziges Kampfmittel in Arbeitskonflikten entzogen werden sollte, erhoben sich an den deutschen Universitäten nur wenige protestierende Stimmen, kaum zudem in Berlin. Freiheitsrechte der Arbeiterbewegung wurden offenbar nur am Rande als "ideale Güter" wahrgenommen. Hinzu kam, daß ein zu Beginn der 1890er Jahre die deutsche Universität prägender sozialpolitischer und sozialwissenschaftlicher Aufbruchs- und Reformgestus gegen Ende des Jahrzehnts bereits wieder verebbte. Nach dem die Öffentlichkeit aufwühlenden Bergarbeiterstreik von 1889, mit dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 und der Wiedezulassung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, vor allem aber angesichts einer forcierten kapitalistischen Wirtschaftsordnung beherrschte die "soziale Frage" vorübergehend die öffentlichen Auseinandersetzungen, fand sie eine Speerspitze in den Universitäten, wo die auf Sozialismus und Sozialpolitik ausgerichtete Nationalökonomie vorübergehend zu einer Art Leitdisziplin mit Ausstrahlung auch auf andere Wissenschaftsgebiete avancierte, spektakulär zumal in Berlin als einem Zentrum des "Kathedersozialismus". Anfang 1895 klagte der nun beim Kaiser einflußreiche, patriarchalisch-reaktionäre saarländische Stahlindustrielle Freiherr von Stumm im Reichstag, es habe sich "namentlich hier in Berlin ein vollständiger Universitätssozialismus herausgebildet. (...) Jeder Gelehrte, namentlich jeder Professor der Nationalökonomie, der nicht in das sozialistische Hörn stößt, wird (...) boykottiert, er wird verfolgt, wird für

unwissenschaftlich ausgegeben und kommt nach keiner Richtung vorwärts. Das sind Leute, welche unsere jungen Beamten ausbilden."

Natürlich war diese vornehmlich gegen Gustav Schmoller und Adolph Wagner zielende Attacke völlig überzogen, konnte von einem "Universitätssozialismus"* oder "Kathedersozialismus" keine Rede sein, wenn damit eine wissenschaftliche Kadenschmiede des marxistischen Sozialismus unterstellt wurde. Schmoller vertraute auf Königtum und höhere Bürokratie als überparteiliche Garanten einer sozial ausgleichenden Gerechtigkeit; der hochkonservativ-protestantische und von dem Antisemitismus des Hofpredigers Adolf Stöcker beeinflusste Wagner optierte für einen Staatssozialismus. Doch als einflußreiche Analytiker unerläßlicher Modernisierungsleistungen im sozialen Wandel galten sie den konservativ-reaktionären Führungseliten als vorrangige Bedrohung, gefährlicher als die im parteipolitischen Kräftefeld zwar anwachsende, aber immer noch nicht mehrheitsfähige Sozialdemokratie. Sie zielten auf eine modern-elastische Stabilisierung des nationalstaatlich verfaßten politischen Systems, ihnen ging es um eine intern stabilisierte internationale Wettbewerbsfähigkeit dieses deutschen Nationalstaats - und das war das zentrale Thema spätestens seit 1998. Welche sozialintegrativen Vorleistungen erforderte eine kolonial- und rüstungspolitisch ausgreifende deutsche Weltpolitik, wie ließ sich diese Weltpolitik mit historischer Legitimation argumentativ unterfüttern? Hier trafen Ökonomen und Historiker zusammen, und es waren fast ausnahmslos Berliner Gelehrte, die ein publizitätsförderndes hohes wissenschaftliches Renommee mit exzellenten Beziehungen zur Reichsleitung zu verknüpfen vermochten."

Erstmals bewährte sich das Zusammenspiel 1889 und dann wieder 1900 in der staatlichen Agitation für jene beiden Flottenvorlagen, mit denen das Deutsche Reich aktive "Weltpolitik" betreiben und das kaiserliche Wort vom "Platz an der Sonne" einlösen wollte. Dank einer geschickten Propagandastrategie des Reichsmarineamtes an deutschen Universitäten von Kiel bis München sprachen sich 270 sogenannte "Flottenprofessoren" für die Vorlagen aus. Doch deren territoriale Breitenstreuung konnte nicht darüber hinweg täuschen, daß die argumentativen Wortführer in Berlin saßen, in einem eigenen Komitee organisiert und in ständiger Fühlungnahme mit den amtlichen Schaltstellen. Eine Scheidelinie also um 1900. Gewiß, hochgebildete Staatsbeamte mit weit ausstrahlender wissenschaftlicher Reputation, mit wissenschaftspolitischen Steuerungs-chancen in ihren Fachgebieten und zugleich publizistisch wortmächtig waren die gelehrten Berliner Leuchttürme in den Geistes- und Sozialwissenschaften auch schon vor 1900. Naturwissenschaftler und Mediziner trugen zwar zum künftigen Berliner Überhang an Nobelpreisen bei, sie hielten sich aber fast durchweg im öffentlichen Diskurs des späten Kaiserreichs zurück. Doch das Bekenntum von Geistes- und Sozialwissenschaftlern richtete sich, wenn auch mit nicht zu überschätzendem Eifer, in den 1890er Jahren auf Fragen der Kultur- und Sozialpolitik, war also kritisch auf die innere Entwicklung gerichtet. Seit der Jahrhundertwende indes standen "Weltpolitik" und außenpolitische Beziehungen im Zentrum Berliner professoraler Publizistik. Von einem kritischen Sauerteig der deutschen Universität als korporative Instanz in den inneren Auseinandersetzungen um Sozial- und Kulturverfassung konnte nach 1900 keine Rede mehr sein. Die Berliner Exzellenzen wußten ihre Nähe zum Machtzentrum zu nutzen, und das Jubiläum 1910 verkündete auch eine räumlich wie strukturell enge Verzahnung von Macht und Geist.

Nur wenige Monate nach dem glanzvollen Universitätsjubiläum faszinierte im Winter 1910/11 ein sogenannter Berliner Professorenstreit die Presse. Es ging, bis hin zu Duellforderungen, um Rangordnung und Ressourcen, es ging unter Berufung auf ideelle Güter wie Lehrfreiheit um geldwerte Vorteile im Lehrbetrieb bei den Berliner Ordinarien für Nationalökonomie. In diesem Zusammenhang fragte die "Berliner Morgenpost", wie sich denn die Berliner Professoren bislang in den großen Auseinandersetzungen um die Fragen der Lehrfreiheit verhalten hätten. Konkret spielte die Zeitung auf die Entfernung mißliebiger Privatdozenten, genauer: auf die gesetzlich erzwungene Relegation des für die Sozialdemokratie aktiv eintretenden Physikdozenten Leo Arons an der Berliner Universität 1899 an und auf Theodor Mommsens öffentliche

Kampagne gegen die Besetzung einer Straßburger Geschichtspröfessur mit dem um seiner Konfessionszugehörigkeit willen berufenen katholischen Historiker Martin Spahn. Worum ging es bei diesen Hochschul- konflikten, und wie verhielt sich die Berliner Universität dazu?

Um eine von außerwissenschaftlichen Rücksichten unabhängige Festschreibung wissenschaftlicher Lehr- und Forschungsfreiheit war seit langem gerungen worden. 1848/49 hatte diese nur vorübergehend verfassungsmäßigen Rang in der Paulskirche gewonnen, wurde erst wieder in der Verfassung der Weimarer Republik 1919 verankert, fand sich aber implizit zuvor mit graduell abweichender Unschärfe in den einzelstaatlichen Verfassungsurkunden, so auch Preußens, sah sich indes mit staats- und konfessionspolitischen Einschränkungen konfrontiert.

Der "Fall Arons" bezeichnet markant die im späten Kaiserreich gezogenen Grenzen einer Wissenschaftsfreiheit, welche eine sozialdemokratische politische Opposition grundsätzlich ausschloß, jüdischen Gelehrten eine Karriere in den staatsnahen akademischen Disziplinen rigide erschwerte und katholische Wissenschaftler in dem mehrheitlich protestantisch geprägten deutschen Wissenschaftssystem benachteiligte. Doch blickt man auf konkrete Fälle von Ausgrenzung oder Ausschließung, dann lagen die Dinge an der Berliner Universität verwickelter. Insgesamt dem Reichstrend entsprechend bestanden für jüdische Gelehrte akademische Aufstiegschancen an der Friedrich-Wilhelms-Universität bis hin zum Ordinariat vor allem in der späten Bismarck-Zeit bis etwa 1890. Natürlich nicht in der theologischen Fakultät, nur geringfügig in der für die höhere Bürokratie-Ausbildung zuständigen juristischen, etwas stärker im rasch expandierenden geisteswissenschaftlichen Fächerspektrum der philosophischen Fakultät, wesentlich eindrucksvoller in deren ungleich schneller sich verzweigenden naturwissenschaftlichen Bereichen sowie in der nun durchweg naturwissenschaftlich orientierten medizinischen Fakultät mit einer in Berlin gleichfalls auffälligen Tendenz zur spezialisierten Ausdifferenzierung. Gerade jüdische Wissenschaftler, die aufgrund ihrer strukturellen Zurücksetzung im akademischen Karrieresystem vielfach als langjährig unbesoldete Privatdozenten oder marginal vergütete Extraordinarien Forschungsnischen besetzten, sahen in der stürmischen Ausbauphase der 1880er Jahre ihr Gebiet zur Eigenständigkeit und "Ordinariatsreife" aufgewertet und rückten in die entsprechenden Führungspositionen ein. Dieser Prozeß flachte dann in der wilhelminischen Zeit deutlich ab, zudem schlugen sich nun in den innerfakultären Berufungsakten antisemitische Ressentiments mehr oder weniger unverhohlen nieder, auch wenn Rufe an (getaufte!) Juden bis hin zur juristischen Fakultät durchaus nicht ausgeschlossen waren.

Keine Berufungschancen an der Berliner Universität hatten politische Dissidenten wie erklärte Sozialdemokraten oder katholische Gelehrte. Von "allerhöchsten" Vorbehalten gegen alles andere als sozialdemokratische "Kathedersozialisten" wie Gustav Schmoller und Adolph Wagner in den 1890er Jahren war schon die Rede, doch auch Anträge auf eine Habilitation - also auf eine korporationsrechtlich und gehaltsmäßig unverbindliche Lehrerlaubnis - aus den derart stigmatisierten Personenkreisen stießen zumindest in weltanschaulich "sensiblen" Fächern auf erhebliche Widerstände. Zwar vermochte sich der katholische, aber wissenschaftlich im mainstream liegende Historiker Martin Spahn, von dem noch die Rede sein wird, in Berlin unter dem Patronat des dezidiert protestantischen "Groß-Mandarins" Max Lenz zu habilitieren, doch an eine künftige Professur war in Berlin für ihn nicht zu denken. Rigider verfuhr die Berliner philosophische Fakultät gegen den sozialdemokratisch 'kontaminierten' Sozialwissenschaftler Robert Michels, dessen Habilitationsgesuch sie 1908 ablehnte. Max Weber vermerkte daraufhin verbittert, eine "Freiheit der Wissenschaft" bestehe nur "innerhalb der Grenzen der politischen und kirchlichen Hoffähigkeit".

Weber bezog sich damit auf prinzipiell außerwissenschaftliche Gesinnungsmotive, also auf nicht-sachadäquate Zulassungs- und Ausschließungskriterien für die akademische Lehrberechtigung. Wie sind vor diesem Hintergrund der "Fall Arons" und der "Fall Spahn" einzuordnen, auf die die "Berliner Morgenpost" Anfang 1911 anspielte? Die Dinge sind, wie gesagt, verwickelt: im ersten Fall setzte sich der Monarch schließlich

gegen hinhaltende Resistenz der Berliner Fakultät und gegen seinen in die Enge getriebenen Kulturbeamten Friedrich Althoff durch, im zweiten Fall protestierten entschieden liberale deutsche Hochschullehrer gegen eine vom nämlichen Althoff betriebene Berufung des katholischen Historikers Martin Spahn auf ein Geschichtsordinariat an der von Preußen kontrollierten Reichsuniversität Straßburg. Der jüdische Physiker und Erfinder der Leuchtstoffröhren Leo Arons lehrte sein Fachgebiet als unbestrittener wissenschaftlicher Experte an der Berliner Universität im Status eines Privatdozenten; er unterstützte gleichzeitig ideell wie materiell die Sozialdemokratie, insbesondere ihren undogmatischen "revisionistischen" Flügel und finanzierte dessen kurz vor der Jahrhundertwende gegründetes Organ "Sozialistische Monatshefte". Bereits Mitte der neunziger Jahre wirkte der Monarch persönlich auf eine Relegation von Arons aus seinem Lehramt hin, doch die Fakultät widersetzte sich wiederholt den königlichen Vorstößen, weil seine politische Parteilichkeit in keiner Weise mit seiner fachwissenschaftlichen Qualifikation konfligiere. Es war die überwiegend staatsloyal-konservative Fakultät, welche auf dem Prinzip einer von politischen Erwägungen unabhängigen Freiheit der Wissenschaft in einem "unpolitischen" Fachgebiet verharrte, und sie wurde hierin, solange es ging, hinter den Kulissen von Friedrich Althoff unterstützt. Doch als der kaiserliche Druck 1898 unmißverständlich zunahm und auf eine Entscheidung drängte, beugte sich die Fakultät einem ad hoc erlassenen und nur in diesem einen Fall angewandten Ausnahmegesetz, eben der "Lex Arons" von 1899, welche den Privatdozenten Arons in verfassungsrechtlich höchst problematischer Weise dem Beamtenrecht unterwarf und seine Entfernung aus der Universität bewirkte. Man kann diesen Vorgang als eine "Militarisierung des deutschen Geisteslebens" deuten, sollte aber die Ambivalenz im Auge behalten. Die Fakultät protestierte, aus Überzeugung und nachhaltig, aber sie unterwarf sich schließlich dem königlichen Willen. Wissenschaftsfreiheit galt als kostbares Gut, relativierte sich aber zugleich in der politischen Kultur des späten Kaiserreichs, welche wissenschaftliche Exzellenz mit der Ernennung zu Titularexzellenzen (Geheimrat) honorierte und zugleich domestizierte. Gänzlich anders war es 1901 um den "Fall Spahn" bestellt, also um die konfessionsgebundene Berufung des Katholiken Martin Spahn auf ein Straßburger Geschichtsordinariat und die dadurch ausgelösten Proteste aus der Universität gegen eine durch kirchliche Dogmen eingegrenzte Wissenschaftsfreiheit. Der Affäre zugrunde lag ein kirchenpolitischer Schachzug Althoffs, welcher die Ausbildung katholischer Theologen im Reichsland Elsaß-Lothringen aus den allein kirchlicher Kontrolle unterworfenen Priesterseminaren herauslösen und an die staatlich-säkular verfaßte Straßburger Universität angliedern wollte und im Gegenzug der Kurie als Kompensation eine - gewissermaßen konkordatsmäßig - katholisch orientierte Geschichtsprüfung an eben dieser Universität anbot.

Der greise Berliner Althistoriker Theodor Mommsen wettete leidenschaftlich gegen eine für Katholiken reservierte und damit kirchliche Dogmen voraussetzende, eben nicht "voraussetzungslose" Geschichtsprüfung, er fand einen Mitstreiter in dem vergleichbar entschieden liberalen Münchener Nationalökonom Lujó Brentano und setzte damit eine weithallende Pressefehde über eine von jeglichen exogenen Einflüssen unabhängige Wissenschaftsfreiheit mit kulturkämpferischem Zungenschlag in Gang. Es war eine heftige, medienwirksame und sehr unterschiedliche Interessen auf den Plan rufende Auseinandersetzung, aber letztlich ein rückwärtsgewandtes Scheingefecht. Wirkliche Gefahren drohten von den herrschenden Machteliten, von junkerlich-agrarischen, von schwerindustriellen, von orthodox-protestantischen, von staatspolitischen und höfischen Interessen.

Die Berliner Universität wurde vor dem Ersten Weltkrieg als relativ homogene Korporation bedeutender Einzelpersönlichkeiten und als nationale Institution wahrgenommen. Gewiß, es gab Spannungen innerhalb der Korporation, zumal in den letzten Vorkriegsjahren, weil gerade die Berliner Kadenschmiede mit ihrem hohen Ausstoß an Privatdozenten, weil gerade diese größte deutsche Universität, durchaus vergleichbar mit Problemen der modernen "Massenuniversität", mit ihrem sehr hohen Anteil von Nicht-Ordinarien im Lehrkörper universitätsrechtliche und vor allem soziale Diskrepanzen besonders auffällig spiegelte. Das betraf die Studierenden, die größtenteils unter schlechter Betreuung in überfüllten Lehrveranstaltungen litten und nur selten Zugang zu den berühmten Ordinarien fanden. Das betraf existentiell jene überproportional

anwachsenden Lehrenden, für die nur noch selten Aussicht auf ein Ordinariat bestand, deren vormals als Durchgangsstation gedachte Beschäftigung etwa in einem Extraordinariat zur alternativlosen Dauertätigkeit mutierte und die für sich und ihre Familien eine angemessene soziale Absicherung forderten.

Solche sozialen Spannungen reichten tief, sie überschatteten aber noch nicht nachhaltig die Selbst- und Außenwahrnehmung der Berliner Universität. Und doch stellt sich die Frage, inwieweit nicht schon vor 1914 Risse im Fundament dieses mächtigen Baues bestanden, welche auf die Auflösung einer zuvor fast durchweg konsensualen politischen Kultur im Ersten Weltkrieg vorausdeuten - oder hat tatsächlich erst eine nach Kriegsausbruch rasant beschleunigte Eigendynamik jene politische Polarisierung innerhalb der Berliner Universität bewirkt, welche im "Krieg der Geister" eine Schlüsselfunktion in den von Professoren getragenen Propagandaaktionen und Kontroversen einnahm? Nationale Geschlossenheit sollte der vor allem von Berliner Ordinarien geprägte "Aufruf an die Kulturwelt" vom Oktober 1914 demonstrieren, der im feindlichen wie im neutralen Ausland einen Aufschrei der Empörung hervorrief. Wiederum auf Berlin konzentrierte sich eine im Frühjahr 1915 einsetzende Trennung zwischen außenpolitisch annexionistischen und gemäßigten, innenpolitisch auf Siegfrieden bzw. auf Reform-Vorleistungen setzenden Professoren, kulminierend dann 1917 in der Spannung zwischen Vaterlandspartei und Volksbund.

Vorkriegskonsens und Kriegspolarisierung, das meint nicht allein die Berliner Universität. Das politisch wie wissenschaftlich föderativ verfaßte deutsche Hochschulsystem erschließt sich keineswegs allein aus dem Blick auf Berlin, doch hier spitzten sich Entwicklungstendenzen, Außenwahrnehmung und Problemlagen der deutschen Universität um 1900 in einzigartiger Verdichtung zu.

Hanns-Albrecht Schwarz

LEO ARONS (1860-1919) Leben und Werk

Anlaß der Betrachtung sind zwei Ereignisse, die vor hundert Jahren allgemeine Beachtung fanden: der Entzug der Lehrerlaubnis für den Privatdozenten Dr. Leo Arons durch das preußische Kultusministerium am 20. Januar 1900, der den Abschluß eines fast acht Jahre währenden Vorgangs bildete, den Professor vom Bruch in seinen Grundzügen beschrieben hat, und die Eröffnung des Berliner Gewerkschaftshauses am 14. April 1900 im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung mit über 1500 Teilnehmern durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Gewerkschaftshaus-GmbH, Leo Arons. Beide Ereignisse, zum einen die von Luise Kautsky als "Denkmal der Kulturschande" apostrophierte Entfernung von der Berliner Universität, zum andern das von der zeitgenössischen Presse mit einigem Erstaunen registrierte und als ein "ragendes Denkmal deutscher Arbeiterkraft" bzw. als "stolzes Wahrzeichen der Blüte des reichshauptstädtischen Gewerkschaftslebens" gelobte Gewerkschaftshaus, markieren und symbolisieren die beiden Pole, die Arons Leben bestimmten und zwischen denen sich sein Wirken abspielte: Universität und Sozialdemokratie, Naturwissenschaft und praktische Politik, Bürgertum und Arbeiterbewegung. Wer war dieser Leo Arons, den der preußische Staat nicht für würdig befand, an der Berliner Universität zu lehren, weil er mit Sozialdemokraten, Gegnern der damaligen Staats- und Rechtsordnung, gemeinsame Sache machte und den der Berliner Schriftsteller und Sprecher der freireligiösen Gemeinde Waldeck Manasse stellvertretend für viele weit über andere hinaushob und als eine Persönlichkeit würdigte, die "kaum alle hundert Jahre einmal [...] einem Volke geschenkt wird"? Geboren 1860 in Berlin als Sproß einer wohlhabenden jüdischen Bankiersfamilie, studierte er in Leipzig, Würzburg, Berlin und Straßburg Mathematik, Physik und Chemie, promovierte und habilitierte sich in Straßburg und folgte 1889 seinem früheren Lehrer August Kundt an das

Physikalisches Institut der Königlich-Preussischen Universität in Berlin, übernahm die Stelle eines ersten Assistenten, die er 1893 wieder aufgab, und unterrichtete als Privatdozent. 1887 heiratete er Johanna Bleichröder, eine Tochter des jüdischen Bankiers Julius Bleichröder, Bruder des bekannteren Gerson Bleichröder. Durch das väterliche Erbe war Leo Arons ein reicher Mann, das Handbuch der Berliner Millionäre weist ihn im Jahre 1913 mit einem Vermögen von 6,2 Millionen Mark und einem jährlichen Einkommen von 350.000 Mark aus. "Die ungemein günstigen äußeren Lebensverhältnisse, in denen er geboren und aufgewachsen war", erlaubten ihm nicht nur eine unabhängige Existenz, sondern gestatteten ihm auch, wie Luise Kautsky bemerkte, "zeitlebens, praktischen Sozialismus dort zu üben, wo sich dies mit materiellen Mitteln tun ließ und oft Ideen verwirklichen zu helfen, die sonst zum Scheitern verurteilt wären." Was führte einen Menschen wie Leo Arons, einen Angehörigen des Bürgertums, ja der Großbourgeoisie, in die Sozialdemokratische Partei, zumindest für die damalige Zeit ein seltener Fall und ein außergewöhnlicher politischer Lebensweg? Arons hatte sich bereits während seines Studiums sozial engagiert. In Straßburg suchte er den Kontakt zu Arbeitern und unterstützte die sogenannten verschämten Armen. In Berlin trug er sein Scherflein zur Unterstützung der aufgrund des Sozialistengesetzes ausgewiesenen und in ihrer Existenz bedrohten Sozialdemokraten bei. Allgemein war seine finanzielle Hilfsbereitschaft, sei es in Form von Zuwendungen, sei es in Form von Darlehen, sprichwörtlich. Groß war die Zahl der Parteigenossen, denen er im stillen geholfen hat. "Wie viele haben durch ihn ihr Studium ermöglicht, wie viele sind vor Selbstmord und Schande bewahrt geblieben, und wie manche Witwe und Waise fand in ihm den Ernährer! Wenige kannten die Quelle, aus der ihnen Hilfe und Lebenssicherheit zuströmte. Die bloße Erledigung der eingegangenen Bittbriefe erforderte eine gewaltige Kraft", so berichtete Waldeck Manasse. Zusammen mit Paul Singer, Hugo Heimann und anderen Sozialdemokraten richtete er einen Fond für unverschuldet in Not geratene Parteigenossen ein, er half aber nicht nur auf dem Gebiet der individuellen Fürsorge, die sich keineswegs auf den Kreis der Arbeiterbewegung beschränkte, und der individuellen Förderung. Spendensammler fanden bei ihm stets ein offenes Ohr, auch Rosa Luxemburg ging ihn erfolgreich um Hilfe für ihre polnischen Sozialisten an. Er förderte verschiedene publizistische Vorhaben, gab Heinrich Braun, später bekannt geworden als Mann von Lily Braun, Jude und Sozialdemokrat wie er, dem Anfang der 80er Jahre die Habilitation aus religiösen und politischen Motiven unmöglich gemacht worden war, Geld für die Gründung des Sozialpolitischen Zentralblattes, half 1895 bei der Umwandlung der sozialdemokratischen Wiener Arbeiterzeitung in eine Tageszeitung, wofür ihm die SPÖ 1979 posthum die Victor-Adler-Medaille verlieh, und er rettete 1902 die Sozialistischen Monatshefte, das von der Partei nicht anerkannte Organ der Revisionisten, und sicherte dessen zukünftige Existenz. In zahllosen Fällen sprang er den Gewerkschaften bei, wenn sie in finanziellen Nöten waren, das war der Fall bei verschiedenen Streiks - den ausständigen Hamburger Hafendarstellern stellte Arons Anfang 1897 ein Darlehen von 35.000 Mark zur Verfügung -, das war aber auch der Fall bei verschiedenen Einrichtungen wie dem Kieler Gewerkschaftshaus, auf seinen Anteil an Gründung und Bau des Berliner Gewerkschaftshauses werde ich noch eingehen. Seine stete Hilfsbereitschaft hatte allerdings eine Grenze dort, wo das Geld in die Eröffnung von Restaurationen, sprich: Kneipen fließen sollte. Arons war auch bereit, Genossenschaften zur Seite zu stehen, soweit es sich nicht um Produktivgenossenschaften handelte. Der Berliner Wohnungsbau-Genossenschaft IDEAL griff er in kritischer Zeit mit einem größeren Darlehen unter die Arme. Sie dankte es Arons damit, daß sie 1912 eine Straße in ihrer neuen Siedlung in Berlin-Britz nach ihm benannte.

Bereits während des Studiums engagierte sich Arons auch sozial- und wirtschaftspolitisch. Über die Bodenreformtheorie fand er eine Brücke zur Ergründung der Ursachen von Not und sozialem Elend und schlug darüber einen Weg ein, der ihn schließlich zur Sozialdemokratie führte. Ich möchte hier nicht mit der staubtrockenen Materie der Bodenreform belasten. Nur soviel. Die Bodenreform, genauer die Bodenrechtsreform, als deren Urheber und Stammvater der Amerikaner Henry George gilt, sah im privaten Eigentum an Grund und Boden die Ursache für soziales Elend, Abhilfe sollte die Verstaatlichung der Bodenrente bzw. die Verstaatlichung von Grund und Boden überhaupt schaffen. In Deutschland wurde die Bodenrechtsreform vor allem durch zwei Personen heimisch und anfangs geprägt, den Arzt Theodor Stamm und den Fabrikanten Michael Flürscheim. Arons war 1888 Mitbegründer des vor allem von Flürscheim

initiierten Bundes für Bodenbesitzreform und gehörte vier Jahre lang dessen Vorstand an. Während dieser Zeit beschäftigte er sich offensichtlich auch mit Karl Marx. Als Mitarbeiter der Bundes-Zeitschrift *Frei Land* kaprizierte er sich förmlich darauf, der Sozialdemokratischen Partei zu zeigen, daß Karl Marx, einer ihrer Väter, mit den Bodenreformern ganz konform ginge und ebenfalls in den Eigentumsverhältnissen an Grund und Boden die "Grundursache der heutigen sozialen Verhältnisse" sehe. Arons wollte die Sozialdemokratische Partei dazu animieren, mit den Bodenreformern ein Bündnis einzugehen und ihr Programm um die Bodenreform zu erweitern. Doch die Sozialdemokratische Partei mit ihren damals geschätzten 75.000 Mitgliedern und ihren 1,4 Millionen Wählern bei den Reichstagswahlen im Februar 1990 kam nicht zum Deutschen Bund für Bodenreform mit seinen 500 bis 600 Mitgliedern. Arons trat Ende 1891 der Sozialdemokratischen Partei bei, nachdem sie sich mit ihrem neuen Programm in seinen Augen wieder zur Gesetzlichkeit als Weg zur sozialistischen Gesellschaft bekannt hatte. 1894 verließ er die Bodenreformer, da die dort mehr und mehr dominierende Richtung um Adolf Damaschke seiner Ansicht nach das grundsätzliche Ziel der Bodenreform aus den Augen verlor und mit der Beschränkung auf kleinere sozialpolitische Reformvorhaben in bürgerliches Fahrwasser zurücksteuerte. Soziales und sozialpolitisches Engagement führen nicht automatisch zur Sozialdemokratie. Dafür ist Arons eigenes familiäres Umfeld ein gutes Beispiel: sein Bruder Paul, der das väterliche Bankhaus weiterführte, war sozial engagiert, aber Mitglied der nationalliberalen Partei, ein Großonkel war sozialpolitisch engagiert - er war führendes Mitglied des Antisozialdemokratischen Kongresses und des Zentralaussschusses der Gesellschaft für Volksbildung - und Mitglied der Deutschen Fortschrittspartei, und schließlich Julius Bleichröder, sein Schwiegervater, war sozial und sozialpolitisch engagiert - über ihn bemerkte die Berliner Polizei lakonisch, daß es keinen Wohltätigkeitsverein in Berlin gäbe, bei dem er nicht "in hochherzigster Weise beteiligt ist" -, außerdem gehörte er als persönliches Mitglied dem Centralverein zum Wohle der arbeitenden Klassen an und war Mitglied der linksliberalen Deutschen Freisinnigen Partei. Die Brücke Bodenrechtsreform führte Arons zur Beschäftigung mit den gesellschaftlichen Wurzeln des sozialen Elends, aber noch nicht zur Sozialdemokratie. Als ihn der bekannte kathedersozialistische Nationalökonom Adolph Wagner fragte, "wie er von der Partei der "Bodenreformer zu der Sozialdemokratie gekommen sei", gab Arons zur Antwort, "daß seine ersten Beziehungen zur Sozialdemokratie durch Vorträge in der Arbeiterbildungsschule, die er auf [Heinrich] Brauns Anregung gehalten, hervorgerufen seien". In der von Wilhelm Liebknecht mitbegründeten und sozialdemokratisch ausgerichteten Arbeiterbildungsschule hielt er gelegentlich naturwissenschaftliche Vorträge und gehörte eine Zeit lang dem Lehrausschuß an, in dessen Händen zusammen mit dem Vorstand die pädagogische Leitung der Schule lag. Sein Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei war keine spontane Entscheidung, sie war, wie er 1899 vor dem Obersten Preußischen Disziplinarhof ausführte, das Ergebnis "Jahre langen reiflichen Nachdenkens und schwerer innerer Kämpfe". Lange hatte sich Arons mit dem Gedanken von der Notwendigkeit des Klassenkampfes nicht anfreunden können. "Aber seine Erfahrungen mit dem freisinnigen Bürgertum, dem jedes tiefere soziale Interesse abgehe, hätten ihn mit Naturnotwendigkeit ins Lager der Sozialdemokratie treiben müssen." Dies ist keinem DDR-Geschichtsbuch entnommen, sondern steht in einem Bericht des Vorwärts, dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, über Arons' Vorstellungsrede bei seiner ersten Reichstagskandidatur. Das Problem des Klassenkampfes, das ihn von nun an ständig begleitete, scheint er für sich dadurch gelöst zu haben, daß er allein oder vorrangig auf die gesetzliche Änderung der bestehenden Zustände setzte und sich mit der ihm zur Verfügung stehenden Kraft dafür eintrat, die bürgerlichen Verhältnisse vor allem durch die Beseitigung der "mächtigen Überreste der Feudalzeit und des Feudalismus" in Deutschland so umzugestalten, daß die Ausfechtung des Gegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat als "Kampf mit geistigen Waffen zwischen liberaler und sozialistischer Weltanschauung" erfolgen konnte. Sein Lebensmotto "umwälzend wirkt nur das Praktische", mit dem sich seine Aversion gegen die sog. "faule Phrase", gegen "NichtsalsAgitatoren" und "Nurtheoretiker" verband, führte ihn zunächst mit praktischen Reformern der Partei zusammen, später mit den Revisionisten, die die Auffassung einte, durch Evolution schließlich zur Revolution - oder wie es Adolph von Elm formulierte, "durch fortgesetzte Demokratisierung und Sozialisierung des Gesellschaftskörpers zur völligen Umgestaltung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft" zu kommen. Unterstützung suchte und fand Arons bei seinen

Reformbestrebungen nicht nur in der Partei, sondern auch bei sozialreformerisch eingestellten Vertretern seiner eigenen Herkunftsklasse, es waren meistens Mitglieder des Nationalsozialen Vereins Friedrich Naumanns und vor allem der freisinnigen Volkspartei, die ihrerseits darauf setzten, wie es bereits bei der Stellungnahme der Philosophischen Fakultät gegen die Remotion von Arons zum Ausdruck kam, die Arbeiterbewegung über ihren gewerkschaftlichen Flügel von sozialdemokratischer Suprematie zu lösen und in die bestehende Gesellschaft zu integrieren. Die verschiedenen Reformströmungen suchte Leo Arons in lockerer Runde zusammenzuführen, zum gegenseitigen Verstehen-Lernen, zum Abbau von Vorurteilen, zur Erörterung wirtschaftlicher und politischer Fragen und zu gemeinsamen Projekten. Die Rede ist von wöchentlichen Abenden ab Mitte der neunziger Jahre im Hause Arons, die als "Schmalzstullenclub" oder "Roter Salon" bekannt geworden sind. Es handelte sich um einen Kreis von 30 bis 40 Personen, ein Gemisch von Hand- und Kopfarbeitern, aus Arbeitern, Partei- und Gewerkschaftsangestellten, Kaufleuten und Akademikern, bei dem die gemäßigte sozialdemokratische Richtung überwog. Regelmäßige Teilnehmer waren u.a. die Redakteure Georg Ledebour, Wilhelm Schröder und Robert Schmidt, der Journalist und Charlottenburger Kommunalpolitiker Paul Hirsch, der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Charlottenburger Stadtrat und Herausgeber mehrerer sozial- und arbeitsmarktpolitischer Zeitschriften Ignaz Jastrow und der Pfarrer Paul Göhre, der um die Jahrhundertwende vom Nationalsozialen Verein zur Sozialdemokratischen Partei wechselte. Häufig erschien Georg von Vollmar, alter Haudegen und profilierter Sozialdemokrat des reformerischen Flügels, ab und zu kamen die Schriftsteller Arno Holz und Wilhelm Bölsche sowie der Nationalsoziale Friedrich Naumann, im Sommer schaute des öfteren der Parteivorsitzende Paul Singer vorbei, und wenn er in Berlin weilte, stieß der Kieler Soziologe Ferdinand Tönnies hinzu. In diesem Kreise wurde womöglich die Idee eines Berliner Gewerkschaftshauses geboren, wahrscheinlich dessen Realisierung inklusive Finanzierung beraten und vermutlich auch gesichert. Bei der Finanzierung des Projekts, dessen Baukosten einschließlich Grundstückspreis sich auf 1,6-1,7 Millionen Mark beliefen, kam es zu einem Zusammenspiel von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und freisinnigen Persönlichkeiten.

In der Sozialdemokratischen Partei war Arons nicht nur einfaches Mitglied, er schrieb gelegentlich Beiträge in der Parteipresse und trat in mäßigem Umfang als Redner und als Agitator auf. Er sprach auf März- und Maifeiern der Berliner Arbeiterschaft, in Versammlungen verschiedener sozialdemokratischer Wahlvereine, vor Gewerkschaften und vor Konsumvereinen, auch auf Parteiveranstaltungen der Brandenburger Umgebung. In der Partei stand die preußische Politik im Mittelpunkt seiner politischen und publizistischen Aktivitäten. Er trat für eine Beteiligung an den Preußischen Landtagswahlen ein, die nach dem Dreiklassenwahlrecht erfolgten, ein Standpunkt, für den es in der Partei u.a. wegen der Aussichtslosigkeit, aus eigener Kraft und Macht Kandidaten durchzubringen, erst eine Mehrheit zu gewinnen galt. Die Debatte darüber begann 1893, sie führte 1898 zur ersten, noch vereinzelt Teilnahme über die massive, aber erfolglose Beteiligung im Jahre 1903 schließlich bis zur Wahl eigener Abgeordneter fünf Jahre später. Mehr und mehr entwickelte sich Arons zum preußischem Wahlrechtsexperten, eine von ihm 1898 im Auftrag des Parteivorstandes zusammengestellte Broschüre über das Wahlsystem mit dessen wichtigsten Eigentümlichkeiten und den ausführlichen gesetzlichen Bestimmungen erfuhr in den Jahren 1903 und 1908 weitere Auflagen. Er scheute dabei nicht die Auseinandersetzung mit den Großen der Partei. In Berlin kreuzte er die Klinge mit Wilhelm Liebknecht, der zusammen mit Paul Singer ein strikter, prinzipieller und unbeugsamer Gegner der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen war. Mit viel List und Umsicht, seine Kontakte auch in bürgerliche Kreise nutzend, suchte Arons eine Strategie zur erfolgreichen Beteiligung an den Wahlen zu entwickeln. Nachdem die Beteiligung, an der er keinen geringen Anteil hatte, durchgesetzt war, begann er für eine Reform des Preußischen Wahlrechts, für das kritische Zeitgenossen nur Attribute wie elend, empörend, niederträchtig, ungerecht, lächerlich, widerspruchsvoll und widersinnig übrig hatten, zu agitieren. Seine Auseinandersetzung mit dem Liberalismus hatte Arons zu der Ansicht gebracht, daß dessen Erbschaft auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung übergegangen sei, der wegen der früheren und aktuellen Tatenlosigkeit der Bourgeoisie nicht nur die Rolle einer Vorkämpferin der sozialen Emanzipation, sondern auch der bürgerlichen Freiheiten zugewachsen sei. Die Wahlrechtsreform betrachtete Arons demgemäß als das Abtragen einer dieser

historischen Aufgaben, die allerdings nur im Bündnis mit dem preußischen Liberalismus gegen die preußische Reaktion durchgesetzt werden könne. Wichtigere Parteiämter übernahm er nie, die einzige Funktion war die eines Beisitzers im Wahlverein seines Berliner Reichstagswahlkreises. Von 1893 bis 1907 war er mit Unterbrechungen Delegierter auf Parteitag, auf dem Kölner Parteitag 1893 fiel er mit einem Antrag auf jeden Sozialdemokraten zu verpflichten, einer der in seinem Gewerbe bestehenden Gewerkschaften beizutreten. Arons gehörte zu den Protagonisten einer eigenständigen und dann Anfang des 20. Jahrhunderts gegründeten Preußischen Landesorganisation der Partei.

Kritisch und aufmerksam verfolgten Staat und Polizei sein parteipolitisches Engagement. Während das Kultusministerium 1894 noch die Auffassung vertrat, daß Arons nach Persönlichkeit und Auftreten nicht nur "zu den verhältnismäßig harmlosen Anhängern der Sozialdemokratie" gehöre und ihn wegen "seiner einseitig physikalisch-mathematischen Begabung als völlig ungeeignet" ansah, in der Partei eine nennenswerte Rolle zu spielen, behauptete das gleiche Ministerium fünf Jahre später, daß er sich inzwischen zu einem "der Rädelsführer und Hauptagitatoren der sozialdemokratischen Partei" entwickelt habe.

Arons kannte keine ewigen Wahrheiten. Ganz dem von ihm bewunderten Physikers, Philosophen und Mitbegründers des Empiriekritizismus Ernst Mach folgend, konnten für ihn Theorien immer nur einzelne Seiten eines Gegenstandes erfassen, für andere Seiten und Aspekte bedurfte es anderer Theorien. Nur so waren für ihn auch Entwicklung und Fortschritt möglich. Ideen allein verflüchtigten sich für ihn zur Spekulation, wenn sie sich nicht mit Beobachtungen verbanden und Beobachtungen allein lieferten noch kein organisiertes Wissen, wenn ihnen nicht die Idee zur Hilfe kam, es bedurfte also beider, Einsicht erwuchs nach Arons und nach Mach aus dem im Kompromiß endenden Kampf des Urteils mit dem Vorurteil. Mit jenem "Verständnis für den Wert peinlicher Detailarbeit, das er von der naturwissenschaftlichen Forschung her mitbrachte", um eine Formulierung von Max Schippel zu gebrauchen, widmete sich Arons allen Aufgaben, die er übernahm. Er mischte sich allerdings nicht in parteitheoretische Diskussionen ein, da er sich viel zu wenig philosophisch und fachwissenschaftlich geschult fühlte und mit seiner "philosophischen Unbildung oder Nonchalance" kokettierte, die so weit ging, daß er nicht einmal ein Bedürfnis empfinde, sich am Kampf zwischen Marxismus und Revisionismus zu beteiligen, unabhängig von seinem theoretischen Credo, das er Bernstein seinerseits als Maxime empfahl. Umgekehrt kritisierte er Bernstein und wollte dessen berühmt gewordenen Satz "Das Ziel ist mir nichts, die Bewegung alles" zumindest für sich persönlich nicht gelten lassen, obwohl er es für die politische Betätigung als vorteilhaft ansah, "möglichst wenig in eine fernere Zukunft zu sehen". "Ich wenigstens bin mit ganz anderer Freude und Energie tätig, wenn ich an das Ziel denke, gleichzeitig gibt mir dieses in zweifelhaften Fällen doch immer eine, wie mir scheint, gute Richtschnur" hielt er Bernstein entgegen.

Die Remotion bedeutete einen tiefen Einschnitt im Leben von Leo Arons. Zunächst in seine Laufbahn als Naturwissenschaftler und Hochschullehrer. Die Philosophische Fakultät, die ihm schon 1892 Originalität im Denken sowie Geschick und Kritik bei der experimentellen Erprobung seiner Ideen attestiert hatte, lobte ihn in ihrem freisprechenden Urteil von den staatlicherseits vorgebrachten Anschuldigungen im Juli 1899 als einen "nach dem Zeugnis der Fachmänner ausgezeichneten jüngeren Gelehrten". Über seine Arbeiten, seine Schwerpunkte und seine Leistungen gibt uns Meyers Großes Konversationslexikon von 1908 folgende Auskunft: "Arons arbeitete über Interferenzstreifen im Spektrum, über Verdünnungswärme und Wärmekapazität von Salzlösungen im Hinblick auf das Energiegesetz, über Messung der elektromotorischen Gegenkraft im elektrischen Lichtbogen, über die Elektrizitätskonstanten leitender Flüssigkeiten, über die Fortpflanzungsgeschwindigkeit elektrischer Wellen in isolierenden Flüssigkeiten und in einigen festen Isolatoren. Eingehende Arbeit verwandte Arons auf die Erforschung des elektrischen Lichtbogens, auch erweiterte er die Kenntnis des Kohäerers durch mikroskopische Beobachtung." Das alles soll uns mit einer Ausnahme nicht weiter interessieren und sollte Gegenstand fachwissenschaftlicher Würdigung sein. Als "Nebenfrucht" (Arons) seiner Forschungen über den Lichtbogen konstruierte er 1892 eine "außerordentlich einfache und sehr handliche Quecksilberlichtbogenlampe", die im folgenden nur noch Quecksilberdampflampe

hieß und den Worten Albert Einsteins zufolge "eine erhebliche praktische und wissenschaftliche Bedeutung" erlangte. Arons verzichtete auf die Patentierung seiner Erfindung, einerseits, um sie für weitere Bearbeitung offenzuhalten, andererseits war er der Meinung, daß eine mit staatlichen Mitteln zustandgekommene Erfindung nicht zum persönlichen Vorteil gereichen dürfe, sondern zum allgemeinen Nutzen möglichst breite Anwendung finden müsse. Das von ihm angewandte Prinzip "Quecksilberlichtbogen im völlig evakuierten Raum" bestand darin, daß zwischen zwei Quecksilbermassen im luftleeren, mit Quecksilbergas gefüllten Raum durch elektrischen Gleichstrom ein Lichtbogen von ungewöhnlich großer Länge, großer Intensität und großer Homogenität von blaugrünlich-weißer Farbe und ohne rote Strahlen entsteht. Die Aronssche Bogenlampe, deren Zündung durch Kippen oder Schütteln erfolgte, kam aber über das Stadium eines Laboratoriumsapparates für Spezialzwecke nicht hinaus. Erst 1901 entwickelte der Amerikaner Cooper-Hewitt eine technisch brauchbare Quecksilberdampf Lampe, was dazu führte dazu, daß auch in Deutschland diese Lampe bedeutende Verbesserungen erfuhr und praktischen Beleuchtungszwecken zugänglich gemacht werden konnte. Ab Herbst 1904 arbeitete Arons eine Zeitlang zusammen mit einem Assistenten in einem Labor in der Glühlampenfabrik der AEG; es ging dort zunächst um die Herstellung von Quecksilberdampflampen mit Quarzglas zu photographischen Zwecken. Die AEG baute dann "aufgrund der Versuche von Dr. Arons und unter dessen Mitwirkung", wie es hieß, eine Quecksilberlampe mit Anwärm- und Zündvorrichtung und brachte diese nach der Erprobung in den eigenen Betrieben 1907 unter dem Namen "Dr. Arons-Quecksilber-Dampflampe" in den Handel. Arons beschäftigte sich in den nächsten Jahren mit der Konstruktion eines Farbenweisers oder Chromoskops. Er wollte erstmals Farben messen und eine objektive Farbenbezeichnung erreichen. Seine Erwartungen an das Gerät waren hoch, er hoffte, damit sogar die Aufstellung einer internationalen Farbenskala zu ermöglichen. Das Gerät bestand in seiner einfachen Form aus einem Quarzplättchen zwischen zwei Nicolschen Prismen, das senkrecht zu seiner optischen Achse geschnittene Quarzplättchen drehte beim Durchgang von polarisiertem Licht dessen Schwingungsebene verschieden stark für Licht verschiedener Wellenlängen. Die Farben sollten dann durch zwei Zahlen, die Dicke des Quarzplättchens und dem Neigungswinkel der Schwingungsebenen der beiden Prismen bezeichnet werden. Dadurch war es möglich, theoretisch eine unbestimmte Zahl von Farben nach Ton, Sättigung und Helligkeit zu bestimmen. 1911 konnte Arons seinen Farbenweiser einer Kommission des Deutschen Werkbundes vorführen. Nach mehreren Zwischenformen hatte er dann 1912 die endgültige konstruktive Form des Gerätes gefunden. Es war die letztere größere physikalische Arbeit. In seiner letzten praktischen Arbeit, die er 1914 publizierte, beschäftigte er sich mit Regelflächen. Arons stellte mit Hilfe geometrischer Figuren Fadenmodelle verschiedener Körper mit Regelflächen her, die vor allem für den Kunstgewerbeunterricht gedacht waren, aber auch in der Architektur und im Betonbau Verwendung finden sollten. In ihrem Ersuchen auf Wiedererteilung der Venia legendi im Jahre 1915 wies die Philosophische Fakultät darauf hin, daß Arons in seinem Fach als ein "beachtenswerter Gelehrter" anerkannt sei und nach seinem Ausscheiden aus dem akademischen Lehrkörper mit "ansehnlichem Erfolg" weiter geforscht habe.

Arons wollte nach der Remotion in Berlin, wen verwundert es, weiterhin wissenschaftlich tätig bleiben, vor allem aber auch unterrichten. Da an eine Fortsetzung oder einen Neubeginn seiner Universitätstätigkeit in Deutschland nicht zu denken war, reflektierte er als "leidenschaftlicher Optimist" auf Schweizer Hochschulen und streckte seine Fühler dorthin aus. Das Angebot Eduard Bernsteins, sich in Oxford nach einer Anstellung umzusehen, hatte er schon früher ausgeschlagen, da er trotz seiner, wie er sagte, "ehrlich gemeinten und stets voll und ganz vertretenen politischen Internationalität" schon allein seiner beiden Kinder wegen nur in einem deutschsprachigen Land leben wollte. Seine Hoffnungen erfüllten sich nicht. So mußte er wohl oder übel seine Zusagen, die er seinen Sozialdemokratischen Freunden gegeben hatte, einlösen und - wie er es nannte - "offiziell politisch tätig werden", er hatte eigentlich keine Lust "herauszutreten", wie er Bernstein schrieb und eine Tätigkeit anzunehmen, von der er fürchtete, daß sie ihn "seiner ersten Liebe" abtrünnig machen könnte. Zudem fühlte er sich weder als Politiker geboren noch für Politik geeignet. "Herauszutreten", das hieß vor allem Kandidaturen für Reichstagswahlen, Landtagswahlen und die Berliner Stadtverordnetenversammlung anzunehmen. 1903 und 1907 kandidierte er bei den Reichstagswahlen im ersten Berliner Wahlkreis, dem sog.

Herz von Berlin. Der freisinnige Kandidat mußte mit Arons jeweils in die Stichwahl. Zeitungsberichten zufolge waren 1903 die Augen der "gesamten politischen Welt" auf diese Stichwahl gerichtet; die liberale Vossische sah die deutsche Kultur am Rande des Abgrunds und fragte: "Wird in dem Wahlkreis, in dessen Grenzen das Schloß des Kaisers, die Amtsgebäude des Reichskanzlers, der Minister, der höchsten Staats- und Reichsbehörden, die Börse, die Handelskammer, die Universität liegen, der Kandidat des Bürgertums von dem der Sozialdemokratie geschlagen werden?" Arons unterlag mit wenigen Stimmen bei der Eroberung eines Wahlkreises mit hoher symbolischer Bedeutung, für den die Sozialdemokratische Partei als einzigem Wahlkreis in Berlin nie ein Mandat erringen konnte. 1903 arbeitete Arons außerdem im Auftrag des Parteivorstandes die Wahltaktik für die preußischen Landtagswahlen aus, die Vossische Zeitung titulierte ihn als den "Generalstabschef der Partei für den Wahlkampf".

Im Frühjahr 1908 verschlechterte sich sein Gesundheitszustand - er litt an einer Herzkrankheit - dramatisch. Auf ärztliches Anraten zog er sich nach und nach aus dem aktiven politischen Leben zurück und nahm nur noch sein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung wahr, in die er erstmals 1904 gewählt worden war. Hier widmete er sich Haushaltsfragen, Fragen des Schul- und des Fortbildungswesens und der Bodenrechtsreform - der Kommunalisierung von Grund und Boden, der Wertzuwachssteuer und dem Erbbaurecht, womit er an seine Tätigkeit in der Bodenreformbewegung anknüpfte. In den Sozialistischen Monatsheften, mit deren Anschauungen er sich mehr und mehr identifizierte, schrieb er weiterhin Artikel. Seine Hauptthemen waren: Steuerfragen und natürlich preußische Politik (preußische Parteiorganisation, Landtagswahlen, Landtagswahlrecht). Im Juli 1914 legte er auch sein Stadtverordnetenmandat nieder. Ab Mitte 1917 war Arons zwar ans Krankenlager gefesselt und konnte nicht mehr selbst schreiben, verfolgte aber dennoch im Rahmen seiner Möglichkeiten das politische Geschehen und nahm vor allem seit dem sich anbahnenden Ende des Weltkrieges, dem Zusammenbruch des Wilhelminischen Systems und der deutschen Revolution im November 1918 daran regen Anteil. Zwei Tage, nachdem er zur Vorbereitung einer Nationalversammlung aufgerufen hatte, richtete Arons am 11. November einen offenen Brief an Rektor und Senat der Berliner Universität, den er wenig später zusammen mit einigen Zuschriften aus Universitätskreisen unter dem Titel "Universitäten heraus!" als Broschüre veröffentlichte. Der Aufruf beginnt mit den Sätzen: "Die provisorische Regierung hat die Einberufung einer Nationalversammlung aufgeschoben und plant eine Zusammenberufung der Arbeiter- und Soldatenräte. Damit ist jedenfalls für den Augenblick die "Diktatur des Proletariats" verkündet. Es wäre nicht nur ein Fehler, sondern eine schwere Versündigung an der Nation, wenn nun die geistigen Kräfte schmolldend beiseite ständen. Richtig wäre es, daß sie versuchten, sich in zielbewußter Organisation der Regierung zur Verfügung zu stellen." Arons erwartete deshalb von der Berliner Universität, umgehend einen Kongreß der geistigen Arbeiter des theoretischen und praktischen Lebens zu organisieren, an dem allerdings nur solche Vertreter teilnehmen dürften, "die sich ganz auf den Boden der deutschen Republik stellen". Er hoffte dadurch, den sogenannten bürgerlichen Kreisen, die seiner Meinung nach sonst "in dumpfes Dahinbrüten" verfallen würden, eine Perspektive zu vermitteln. Seiner Ansicht nach kamen auf die Universitäten jetzt mehrere große Aufgaben zu, mit denen sie sich auseinandersetzen mußten: durch "positive geistige Gegenarbeit" dem befürchteten Mißbrauch der Presse- und Meinungsfreiheit durch "schlechte Elemente" entgegenzuwirken; den "tiefen religiösen Bedürfnissen der Menge" nach der erwarteten Trennung von Kirche und Staat die Möglichkeit zur Betätigung zu geben; weitere Themen würden sich aus dem bald anstehenden Aufbau der Einheitsschule ergeben. Der Aufruf stieß, wenn man der Vossischen Zeitung glauben darf, zwar in der deutschen Wissenschaft "auf lebhafteste Zustimmung", fand aber bei der Berliner Universität, der sich Arons Zeit seines Lebens in Dankbarkeit verbunden fühlte, keine Resonanz. Der am 17. November 1918 vollständig versammelte Lehrkörper der Universität nahm lediglich eine vom Philosophen Ernst Troeltsch eingebrachte Resolution an, mit der sich die Hochschullehrer zwar "bereitwillig der provisorischen neuen Regierung unterstellten", die aber auch zum Ausdruck brachte, daß sie die endgültige Ordnung der Verhältnisse erst von einer "auf lauterer demokratischen Grundsätzen aufgebauten Nationalversammlung" erwarteten. Die Hochschullehrer bekundeten darüber hinaus ihren Willen, "dem Geist der Ordnung und der Pflicht für das Ganze zu dienen" und verlangten - gewissermaßen als Gegenleistung -

vom neuen "Volksstaate der Freiheit" vor allem die Garantie der Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft.

Nachdem die Sozialdemokratische Partei - zunächst geteilt mit der USPD - die Regierungsmacht in Deutschland übernommen hatte, rehabilitierte sie ihre vom akademischen Lehrkörper ausgeschlossenen Mitglieder. Heinrich Braun bot das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine Professur an, worauf dieser aber verzichtete. Conrad Schmidt, Bruder von Käthe Kollwitz, dem wie Braun zur Zeit des Sozialistengesetzes die Habilitation aus religiösen und politischen Gründen verwehrt blieb, erhielt eine Hochschullehrerstelle für Nationalökonomie am Berliner Polytechnikum. Leo Arons wollte das preußische Staatsministerium zum Professor ernennen, was diesem aber als "Feind allen Titelwesens" überhaupt nicht gefiel. Die Verleihung des Professorentitels betrachtete er als Hohn auf seine Tätigkeit und seine ganze Lebensführung. Beide Seiten einigten sich schließlich darauf, daß das Ministerium dem bereits 1915 gestellten Antrag der Philosophischen Fakultät zustimmte, Arons wieder als Privatdozenten zu führen und dies der Öffentlichkeit mitzuteilen, was beides auch geschah.

Am 10. Oktober 1919 starb Leo Arons. Man entsprach seinem Wunsch und richtete ihm mit polizeilicher Ausnahmegenehmigung die letzte Ruhestätte auf dem Gelände des Berliner Gewerkschaftshauses ein. Anlässlich seines Todes hatte der Vorwärts geschrieben, daß das Berliner Gewerkschaftshaus "ein schönes Denkmal seines Wirkens" sei und "recht eigentlich als seine persönliche Schöpfung" betrachtet werden müsse. Entstehung und Bau des Gewerkschaftshauses waren tatsächlich in erster Linie Leo Arons zu verdanken. Er ermöglichte durch eigene Mittel und durch seine persönlichen und politischen Kontakte zum freisinnigen Bürgertum Berlins ein kleines Wunder - die Berliner freien Gewerkschaften konnten mit einem Eigenkapital von nur 16.000 Mark ein Projekt im Wert von 1,6-1,7 Millionen Mark auf die Beine stellen. Das Gewerkschaftshaus, ein am Engelufer (heute Engeldamm) in der Luisenstadt im Stil der märkischen Backstein-Gotik errichteter Neubau, bestand aus drei Teilen, dem Verwaltungsgebäude mit Restaurant und Läden in Vorderhaus und Seitenflügel, dem Saalbau mit Räumen unterschiedlicher Größe für die verschiedensten Veranstaltungen und der Herberge, einem Betrieb im Betriebe als Unterkunftsmöglichkeit für Arbeitsuchende und Berlin-Reisende Funktionäre und Gewerkschaftsmitglieder, mit über 200 Betten, einem Lesesaal und einer kleinen Bibliothek. Bau, Einrichtung und Ausstattung des Gewerkschaftshauses entsprachen dem neuesten technischen, hygienischen und sanitären Stand. Das Haus, das der Nationalökonom und Soziologe Werner Sombart als einen Wendepunkt in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung rühmte, war das erste Gewerkschaftshaus Berlins und diente als Vorbild für viele weitere Gewerkschaftshäuser in Deutschland. Es war bis 1933 das Zentrum der Berliner Freien Gewerkschaften. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten die Bildungs- und die Kulturarbeit, wozu verschiedene Veranstaltungen gehörten, die Leo Arons und dem Geschäftsführer Johannes Sassenbach besonders am Herzen lagen, und bei denen Arons sich auch persönlich engagierte. Er holte die erstmals 1898 in Berlin veranstaltete volkstümliche Kunstausstellung ins Gewerkschaftshaus; bei Weihnachtsausstellungen präsentierte man kurz vor Weihnachten eine Auswahl erzieherisch wertvoller Kinder- und Jugendliteratur, um Arbeitereltern bei der Auswahl passender Weihnachtsgeschenke beratend zur Seite zu stehen. Arons besondere Liebe galt der Herberge, für die er jährlich eine Weihnachtsfeier spendierte, um den Handwerksburschen ein Gefühl von Heimat zu geben.

Am 2. Mai 1933 besetzten Nationalsozialisten das Haus und zerstörten die dort von den Freien Gewerkschaften Berlins eingerichtete Grabstätte für Leo Arons. Arons, der 1890 aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten war, galt ihnen wieder ausschließlich als Jude.

Es mag nicht viel und nicht groß erscheinen, was Leo Arons geleistet und hinterlassen hat. Die Verfolgungswut des preußischen Staates und seine eigene Standfestigkeit und Überzeugungstreue - er versicherte 1899 vor dem Großen Preußischen Disziplinarhof, daß der Verzicht auf die Betätigung seiner

politischen Überzeugung für ihn "eine innere Unmöglichkeit" sei und bleibe - verhinderten eine wissenschaftliche Karriere, eine schwere Krankheit die Übernahme größerer politischer Aufgaben. Als ihn 1915 die sozialdemokratische Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Wahl des ersten sozialdemokratischen Stadtrates in Preußen vorschlagen wollte, mußte er ablehnen. Was er geleistet hat, das ist bis heute ziemlich unbekannt geblieben. Auch wenn Arons im wesentlichen als "Fall" und als Mäzen der Arbeiterbewegung in die Geschichte eingegangen ist, hat er darüber hinaus Spuren hinterlassen, man muß allerdings oft genau hinsehen, um sie zu erkennen. Daß Arons wenig bekannt ist, daran trugen die durch seine Krankheit bedingte Kürze seines politischen Wirkens und die mit seiner Krankheit und sicher auch mit seiner wachsenden Parteinahme für den von Joseph Bloch, dem Herausgeber der Sozialistischen Monatsheften, geprägten Revisionismus einhergehende politische Isolierung bei. Ein übriges tat der Nationalsozialismus, der sich wie ein Gletscher über Deutschland und seine Geschichte schob und tiefe Furchen und manche Geröllhalden in Gedächtnis und Erinnerung hinterließ. Nachruflich haben viele Arons mit dem Menschenideal des klassischen Bürgertums verglichen. Der Arzt Alfred Grotjahn, ein Bekannter aus der Zeit des roten Salons, nannte ihn einen stets "guten, edlen und hilfreichen Menschen". Diese Charakterisierung klingt heute ziemlich pathetisch und sonntagsrednerisch; ich wollte sie dennoch zitiert wissen. Waldeck Manasse beschrieb Arons, den er von gemeinsamer Stadtverordnetentätigkeit her kannte, als einen Menschen, der "die Gründlichkeit des wissenschaftlichen Forschers mit dem gläubigen Optimismus eines jung geblieben Kindes" verband. Luise Kautsky hob nach seinem Tode - über trennende Parteischranken hinweg - hervor, daß für Arons der Sozialismus kein Lippenbekenntnis, sondern eine Herzensangelegenheit - "heiliger Ernst" - war und daß ihm die sozialistische Überzeugung eine "sittliche Kraft" verlieh, die jeden beeindruckte, der mit ihm in Berührung kam. Zeit seines Lebens war er "ein Fanatiker der Pflichterfüllung und der Arbeit", so nochmals der bereits zitierte Manasse. Einfachheit und Schlichtheit zeichneten ihn aus, nicht nur Luise Kautsky betonte seinen Humor und nicht nur sie dürfte seine "schalkhafte Grazie" erlebt haben. Die Eigenschaften, die Albert Einstein am Naturwissenschaftler entdeckte, - und damit komme ich zum Schluß - können für das gesamte Leben und Werk von Leo Arons gelten. Ich zitiere: "Stille und gediegene Arbeit hat er geleistet, wie er unentwegt als Mensch erstrebte, was nach seiner Überzeugung Zeit und Gerechtigkeit erforderten."